

Neue Regeln braucht die Welt

Steuerrecht. Die zunehmende Digitalisierung stellt die Politik vor eine große Aufgabe: Damit Internetunternehmen wie Google, Apple und Co. ihren fairen Beitrag zum Steueraufkommen leisten, müssen die Steuergesetze an die modernen Produktionsbedingungen angepasst werden. Nur so lassen sich die – heute noch legalen – Steuervermeidungen und Gewinnverkürzungen stoppen.

Die Digitalisierung der modernen Arbeits- und Geschäftswelt hat so manchem Steuergesetz förmlich die Grundlage entzogen. Wo früher Fabrikhallen das unübersehbare Zei-

chen für Wertschöpfung waren, rücken heute hochleistungsfähige Server ins Blickfeld. Denn mehr braucht es im Zeitalter des Internets nicht, um von einem einzigen kleinen Büro

aus den weltweiten Verkauf von Software und Internetdiensten zu steuern und damit milliardenschwere Gewinne zu erwirtschaften.

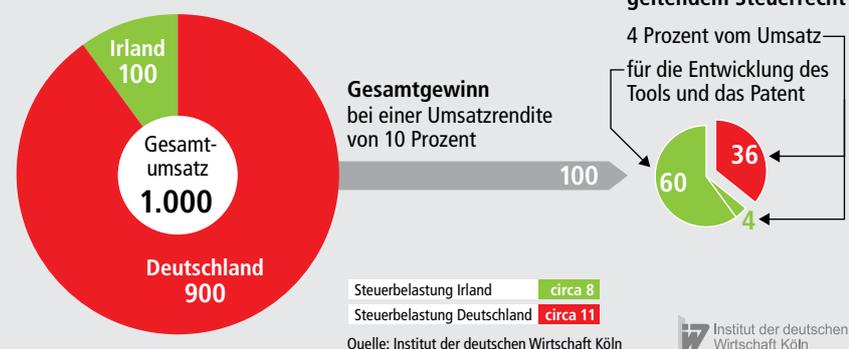
Dieser revolutionäre Wandel der Wertschöpfungsprozesse macht es den Unternehmen auch leichter, ihre Vertriebskanäle international auszurichten und so die Distanzen zwischen den Kontinenten in Sekundenbruchteilen zu überwinden. Dank des 3-D-Drucks wird es bald selbstverständlich sein, dass Kunden ein physisches Produkt online kaufen und es zu Hause ausdrucken – das funktioniert inzwischen nicht nur mit einfachen Spielwaren und Werkzeugen, sondern auch mit medizinischen Prothesen und sogar mit ganzen Häusern.

So effizient der digitale Fortschritt für Unternehmen und Verbraucher ist, so stark sind die unerwünschten Folgen der aktuellen Steuerpolitik. Mitverantwortlich dafür ist der Fremdvergleichsgrundsatz, der die Verteilung des Gewinns innerhalb eines Konzerns regelt. Demnach fallen die Gewinne dort an, wo das →

Steuerrecht: Gewusst wie

Das Software-Tool eines Konzerns wird in Irland als Patent angemeldet und dort auch weiterentwickelt. Das Tool selber wird sowohl in Irland als auch über ein Tochterunternehmen in Deutschland verkauft. Doch obwohl 90 Prozent des Umsatzes in der Bundesrepublik anfallen, wird nach geltendem Steuerrecht nur rund ein Drittel der Gewinne der deutschen Tochter zugerechnet – entsprechend niedrig sind die in Deutschland zu zahlenden Steuern. Und in Irland profitiert der Konzern von den extrem niedrigen Steuersätzen – die Unternehmenssteuern betragen dort nur etwa 12 Prozent, in Deutschland dagegen rund 30 Prozent.

Beispielrechnung in Euro



Inhalt

Asylpolitik. Die Regeln, nach denen in Deutschland Flüchtlinge auf die einzelnen Bundesländer verteilt werden, sind nicht mehr zeitgemäß.
Seite 3

Krankenstand. Der längerfristige Trend hin zu steigenden Krankenständen in Deutschland hat sich im Jahr 2015 offenbar fortgesetzt. Ein Grund dafür könnte sein, dass immer mehr Ältere berufstätig sind.
Seite 4-5

Russland. Die russische Wirtschaft ist zu stark vom Öl- und Gasgeschäft abhängig, leidet unter Korruption und setzt zu wenig auf Wissen und Forschung.
Seite 6-7

Kinderbetreuung. Der Schulstart bereitet vielen Eltern Sorgen, denn nur für ein Drittel aller Grundschüler gibt es Ganztagsangebote.
Seite 8

→ Herz des Unternehmens – das Wissen und die Technologie – sitzt. Wohin das führen kann, zeigt eine Beispielrechnung für einen IT-Konzern mit Niederlassungen in Irland und Deutschland, der ein Software-Tool entwickelt hat und vertreibt (Grafik Seite 1):

Obwohl 90 Prozent des Umsatzes in der Bundesrepublik anfallen, werden mehr als 60 Prozent der Gewinne in Irland veranschlagt – dort sind die Unternehmenssteuern wesentlich niedriger als in Deutschland.

Diese – legale – Gewinnverlagerung funktioniert auch mit anderen Steuerparadiesen wie den Cayman Islands in der Karibik. Das Prinzip ist immer dasselbe: Immaterielle Vermögensgegenstände wie Tools und Software-Lösungen werden in einem Steuerparadies markenrecht-

lich geschützt, sodass ein Großteil der Gewinne nach dem Fremdvergleichsgrundsatz dorthin verlagert werden kann. Die milliardenschweren Verkaufsumsätze in den großen Vertriebsländern werden dagegen als Routineleistung in der globalen Wertschöpfungskette gewertet.

Es ist kein Geheimnis, dass einige der reichsten Unternehmen dieses Prinzip geradezu auskosten. Das „Handelsblatt“ hat schon 2013 darüber berichtet, dass Apple auf die fast 37 Milliarden Dollar Überschuss, die das Unternehmen außerhalb der USA verbuchte, nach Angaben der US-Börsenaufsicht SEC nur 1,9 Prozent Steuern zahlte.

Auch die OECD hat dieses Problem erkannt, wie ihr „Aktionsplan gegen Steuervermeidung und Gewinnverkürzung“ zeigt:

Die OECD regt an, Konzerngewinne anders als im jetzigen System künftig nach einem Schlüssel zu verteilen, der zum Beispiel die Umsätze, die Anzahl der Arbeitnehmer und das eingesetzte Kapital berücksichtigt.

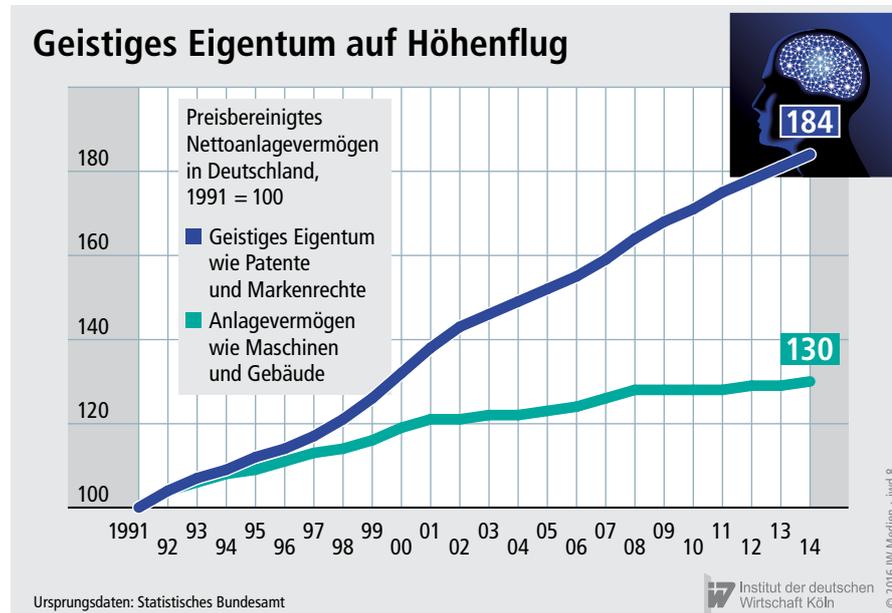
Das Umdenken erfolgt vor dem Hintergrund, dass Software und Algorithmen den Maschinen und Fabriken längst den Rang abgelaufen haben (Grafik):

Das immaterielle Vermögen deutscher Kapitalgesellschaften hat sich seit 1991 auf 370 Milliarden Euro real fast verdoppelt, während das materielle Anlagevermögen nur um knapp ein Drittel gewachsen ist.

In den USA machten die Investitionen in geistiges Eigentum 2010 bereits 15 Prozent der Wertschöpfung im Privatsektor aus, in Deutschland waren es knapp 9 Prozent.

Fallen irgendwann auch die letzten konventionellen steuerlichen Anknüpfungspunkte digitaler Unternehmen weg – gibt es also beispielsweise keine Betriebsstätten ausländischer Unternehmen im Inland und keine physische Lieferungen mehr, sondern nur noch Downloads –, dann könnte der Fiskus gänzlich leer ausgehen.

Der Druck auf die Politik wird entsprechend steigen. Die Bürger und Mittelständler haben ohnehin kein Verständnis dafür, dass sie brav ihre Steuern zahlen, während multinationale Konzerne immer neue Wege der Steuergestaltung nutzen.



Wissenschaftspreis Bürokratie

Wie funktionieren Bürokratien und wie beeinflussen sie die Freiheit der Wirtschaft und der Gesellschaft? Forscher, die sich mit diesen und ähnlichen Fragen auseinandersetzen, können sich um den jetzt zum zweiten Mal ausgeschriebenen „Wissen-

schaftspreis Bürokratie“ bewerben. Die vom Gründungsdirektor des IW Köln, Dr. habil. Fritz Hellwig, anlässlich seines 100. Geburtstags gestiftete und mit 5.000 Euro dotierte Auszeichnung wird für fundierte Monografien und Publikationen vergeben, die in re-

nommierten wissenschaftlichen Zeitschriften erschienen sind. Bewerbungsschluss für die kommende Preisverleihung im Mai 2017 ist der 31. Dezember 2016.

Interessenten wenden sich an:
Wissenschaftspreis-Bürokratie@iwkoeln.de

Der Schlüssel passt nicht mehr

Asylpolitik. Die Regeln, nach denen derzeit in Deutschland Flüchtlinge auf die einzelnen Bundesländer verteilt werden, sind angesichts der großen Zahl von Asylbewerbern nicht mehr zeitgemäß. Ein neues Verteilungssystem sollte auch den Wohnungsmarkt sowie die Ausbildungs- und Stellen-situation vor Ort berücksichtigen.

Was hat die Verteilung der Flüchtlinge auf die Bundesländer mit der Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen wie der Max-Planck-Gesellschaft zu tun? Tatsächlich eine ganze Menge: Denn in beiden Fällen werden die jeweiligen Anteile der Länder nach dem Königsteiner Schlüssel ermittelt. Dieser geht auf das Königsteiner Staatsabkommen der Länder zurück, das seit 1949 die Finanzierung der Forschungseinrichtungen regelt. In die Berechnung gehen zu zwei Dritteln das Steueraufkommen und zu einem Drittel die Bevölkerungszahl der Länder ein.

Der Königsteiner Schlüssel wird aber nicht nur für die Berechnung der Länderanteile bei der gemeinsamen Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen durch Bund und Länder angewendet, sondern auch für die Verteilung von Asylbewerbern auf die einzelnen Bundesländer. Diese Verteilungssystematik hat sich zwar viele Jahrzehnte lang bewährt – den aktuellen Flüchtlingszahlen wird sie jedoch nicht mehr gerecht.

So weicht die tatsächliche Verteilung der Flüchtlinge in Deutschland längst deutlich von den Szenarien des Königsteiner Schlüssels ab – dies

Flüchtlinge nach Bundesländern

So viel Prozent der Asylbewerber hätten laut dem Verteilungssystem „Königsteiner Schlüssel“ in den einzelnen Bundesländern unterkommen sollen und so viel Prozent der Flüchtlinge haben tatsächlich dort gelebt

	Königsteiner Schlüssel	Tatsächliche Verteilung der Flüchtlinge		
		Asylbewerber	Anerkannte Flüchtlinge	Geduldete
Nordrhein-Westfalen	21,2	22,9	29,0	31,1
Bayern	15,5	16,2	9,2	7,9
Baden-Württemberg	12,9	11,1	8,8	11,4
Niedersachsen	9,3	7,6	11,0	10,9
Hessen	7,4	7,8	8,7	5,4
Sachsen	5,1	3,4	2,1	3,5
Berlin	5,1	5,4	9,3	7,3
Rheinland-Pfalz	4,8	5,4	3,9	3,8
Schleswig-Holstein	3,4	4,9	3,0	2,7
Brandenburg	3,1	3,1	1,2	2,2
Sachsen-Anhalt	2,8	2,7	1,7	3,3
Thüringen	2,7	2,1	1,4	2,0
Hamburg	2,5	3,2	5,9	3,8
Mecklenburg-Vorpommern	2,0	2,2	1,2	1,8
Saarland	1,2	0,8	1,7	0,9
Bremen	1,0	1,2	1,9	2,0

Stand: 31.12. 2014

Quellen: Statistisches Bundesamt, Statistische Ämter des Bundes und der Länder, IW-Berechnungen

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - iwd 8

gilt insbesondere dann, wenn man nicht nur auf die Asylbewerber selbst schaut, sondern auch auf diejenigen, über deren Asylantrag bereits entschieden wurde (Grafik):

Ende 2014 lebten in Nordrhein-Westfalen 29 Prozent aller anerkannten Flüchtlinge und 31 Prozent Geduldete – der Königsteiner Schlüssel sieht für NRW aber nur eine Asylbewerberquote von 21 Prozent vor.

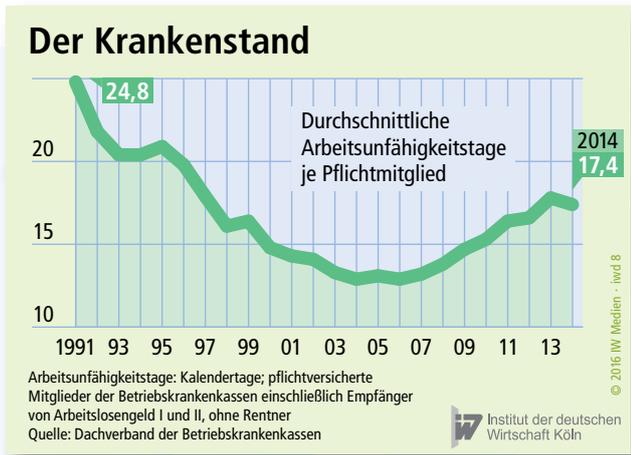
Da die Aufnahme und die Integration von Flüchtlingen maßgeblich von den Kommunen geleistet werden, sollte ein neuer Verteilungsmechanismus stärker auf die Verhältnisse vor Ort eingehen und dabei folgende Faktoren berücksichtigen:

- **Ist geeigneter Wohnraum vorhanden?** Der Wohnungsmangel stellt derzeit in vielen Kommunen das größte Problem bei der Aufnahme von Asylbewerbern dar.
- **Wie sieht es mit der medizinischen Versorgung, sozialer Betreuung und weiteren Versorgungsleistungen aus?**

Wenn es zum Beispiel nicht genügend Allgemeinmediziner in einer Kommune gibt, kann dies ebenfalls die Aufnahmefähigkeit begrenzen.

• **Wie ist die Lage am Arbeitsmarkt?** Für eine erfolgreiche Integration der Flüchtlinge ist es wichtig, dass sie möglichst rasch eine Arbeit finden. Die Aufnahmefähigkeit einer Kommune wird also wesentlich von der Lage am regionalen Arbeitsmarkt mitbestimmt. In Süddeutschland sind derzeit besonders viele Stellen unbesetzt – anders als in Ostdeutschland oder im Ruhrgebiet.

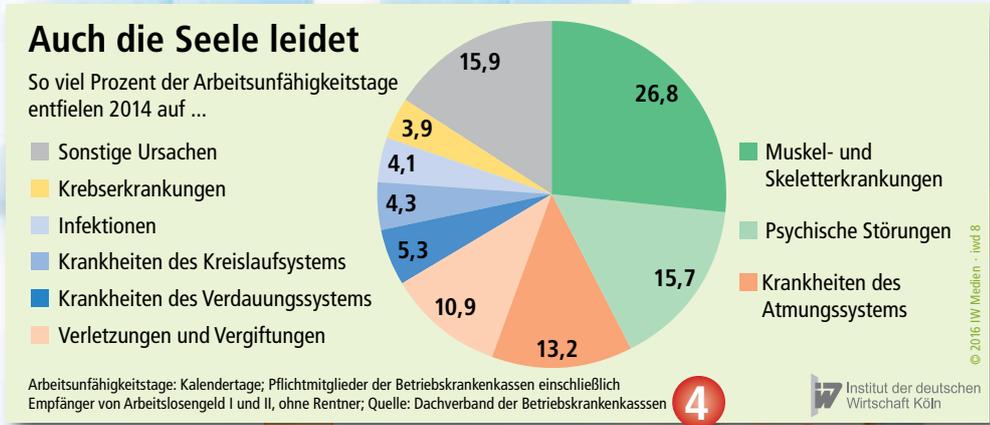
• **Gibt es freie Kapazitäten im Bildungssystem?** Flüchtlinge sollten die Möglichkeit haben, ihren Bildungsweg in Deutschland erfolgreich abzuschließen und fehlende Qualifikationen nachzuholen. In Baden-Württemberg und Bayern gibt es deutlich mehr freie Lehrstellen als in Nordrhein-Westfalen oder Schleswig-Holstein. Zudem leidet NRW an übervollen Schulklassen.



1

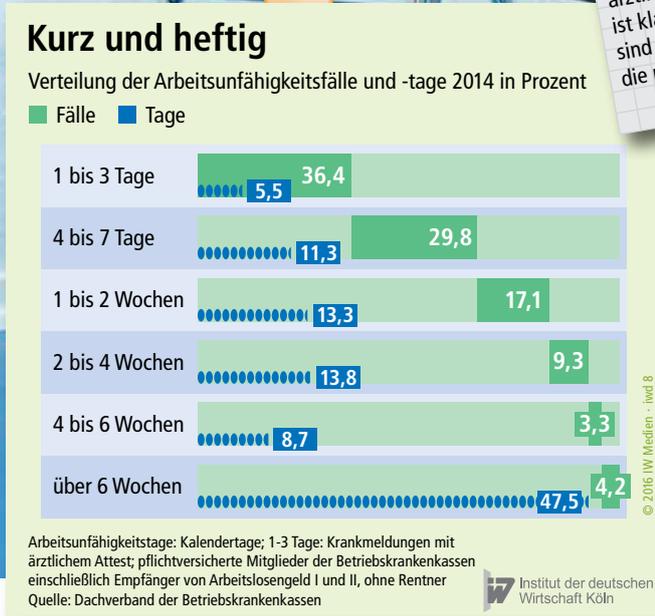
Im Jahr 2014 ist der Krankenstand zurückgegangen, weil im Winter 2013/2014 die sonst übliche Grippewelle ausgeblieben ist. Dementsprechend gingen 2014 lediglich 2,3 Arbeitsunfähigkeitstage auf das Konto von Atemwegserkrankungen. Im Jahr davor waren es noch 2,9 Tage. Die aktuelle Entwicklung deutet jedoch darauf hin, dass Viren und Bakterien inzwischen wieder wie gewohnt ihr Unwesen treiben. Damit dürfte sich der längerfristige Trend hin zu steigenden Krankenständen 2015 fortgesetzt haben.

Krankenstand in Deutschland



4

In mehr als zwei Dritteln aller Fälle sind kranke Mitarbeiter nach spätestens einer Woche wieder auf dem Damm. Diese Fehlzeiten summieren sich aber nur auf 17 Prozent aller Ausfalltage – wobei allerdings jene Kurzzeiterkrankungen nicht berücksichtigt sind, für die viele Arbeitgeber erst gar kein ärztliches Attest verlangen. Dennoch ist klar: Langwierige Erkrankungen sind zwar seltener, verursachen aber die meisten Fehltag.



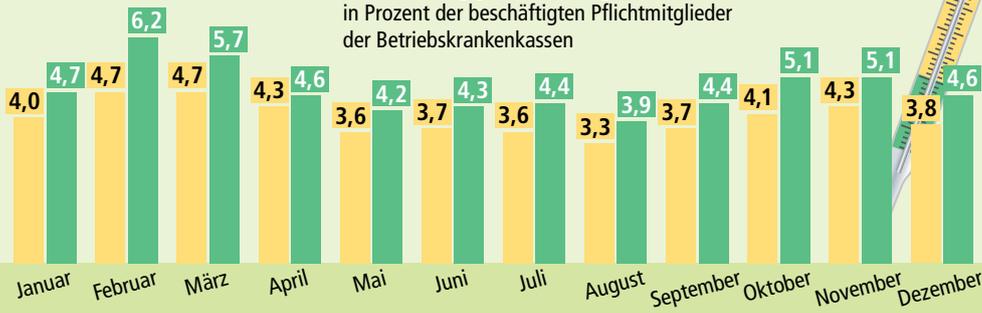
5

Das Vorurteil, Knochenjobs gäbe es vor allem in der Industrie, hat sich schon lange überlebt. Längst glänzen auch die Chemische Industrie oder die Metall- und Elektro-Industrie mit vergleichsweise niedrigen Ausfallzeiten. Maschinen und Industrieroboter übernehmen heutzutage gefährliche Jobs.

Krankenstand aktuell

Arbeitsunfähig gemeldete Mitglieder in Prozent der beschäftigten Pflichtmitglieder der Betriebskrankenkassen

2014 2015



Monatliche Angaben bezogen auf attestierte Krankmeldungen; Stichprobe aus den beschäftigten Pflichtmitgliedern der Betriebskrankenkassen; Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

2

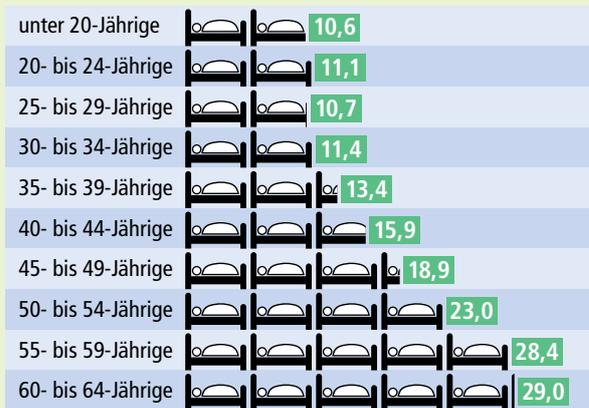
Mit den Lebensjahren steigt die Wahrscheinlichkeit, schwer zu erkranken. Die Behandlung ernster Erkrankungen bedarf aber mehr Zeit als das Auskurieren eines grippalen Infekts. Weil immer mehr ältere Arbeitnehmer berufstätig sind, hebt auch dieser Effekt den Krankenstand.

3

Mit dem höheren Alter treten gerade in körperlich belastenden Berufen vermehrt Verschleißerscheinungen auf. Auch dieser Umstand kann bei einer alternden Belegschaft langfristig die Zahl der Arbeitsunfähigkeitstage nach oben treiben. Psychische Leiden rangieren inzwischen auf Rang zwei der häufigsten Krankheitsursachen. Das hat nicht unbedingt mit mehr Stress im Beruf zu tun.

Eine Frage des Alters

Durchschnittliche Arbeitsunfähigkeitstage 2014



Arbeitsunfähigkeitstage: Kalendertage; pflichtversicherte Mitglieder der Betriebskrankenkassen einschließlich Empfänger von Arbeitslosengeld I und II, ohne Rentner
 Ursprungsdaten: Dachverband der Betriebskrankenkassen

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Der Branchenspiegel

Durchschnittliche Arbeitsunfähigkeitstage je sozialversicherungspflichtig beschäftigtes Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherung 2014 (Auswahl)

Verarbeitendes Gewerbe		Dienstleistungsgewerbe	
Nahrung, Genuss	17,8	Postdienste	22,4
Metallerzeugung und -bearbeitung	17,0	Arbeitsvermittlung, Zeitarbeit	20,3
Glas, Keramik, Steine/Erden	16,8	Verkehr	19,7
Kfz-Bau	16,8	Abfallbeseitigung und Recycling	19,2
Holz, Papier, Druck	16,6	Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung	18,3
Herstellung von Metallerzeugnissen	16,5	Einzelhandel	16,8
Baugewerbe	16,1	Gesundheitswesen	15,5
Textil, Bekleidung, Leder	15,9	Telekommunikation	14,4
Chemie	15,8	Großhandel	13,9
Sonstiger Fahrzeugbau	15,7	Energie und Wasserwirtschaft	13,8
Elektronische und elektrotechnische Fertigung	14,4	Erziehung und Unterricht	12,5
Maschinenbau	14,2	Kredit- und Versicherungsgewerbe	11,7
		Verlage und Medien	9,8

Arbeitsunfähigkeitstage: Kalendertage; Hochrechnung für Pflichtversicherte und freiwillige Mitglieder aller gesetzlichen Krankenkassen, ohne Arbeitslose und Rentner
 Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - Iwd 8

Foto: Christian Albert - MEY

Viel Potenzial, viele Schwächen

Russland. Die aktuelle Krise der russischen Wirtschaft ist nur zum Teil auf kurzfristige Einflüsse wie die Sanktionen des Westens zurückzuführen. Die Probleme sind eher struktureller Natur und hausgemacht: Russland ist zu stark vom Öl- und Gasgeschäft abhängig, leidet unter weit verbreiteter Korruption und setzt zu wenig auf Wissen und Forschung.

An einer Ressource mangelt es Russland wahrlich nicht: an Bodenschätzen. Das Land steht auf Platz eins aller Erdgasförderländer und verfügt mit fast einem Viertel der globalen Vorkommen auch über die größten Erdgasreserven. Zudem ist Russland mit täglich 10,9 Millionen Barrel der weltweit drittgrößte Ölproduzent hinter den USA und Saudi-Arabien und liegt im Ranking der Ölreserven an achter Stelle.

Hinzu kommt, dass das mit mehr als 17 Millionen Quadratkilometern größte Land der Erde enorme Vorkommen an Kohlen, Eisen, Nickel, Platin, Gold und Diamanten besitzt.

Diese natürlichen Ressourcen haben wesentlich dazu beigetragen, die

russische Wirtschaft nach ihrer Krise Ende der 1990er Jahre wieder auf Wachstumskurs zu bringen. Doch inzwischen zeigt sich, dass dieser Segen auch ein Fluch sein kann. Denn Russland hat sich in den vergangenen Jahren allzu sehr auf die Einnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft verlassen und andere Wirtschaftszweige vernachlässigt. Diese Abhängigkeit spiegelt sich auch im Außenhandel wider (Grafik):

Trugen die Einnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft im Jahr 1995 erst 40 Prozent zu den russischen Exporteinnahmen bei, waren es 2014 schon etwa 70 Prozent.

Rechnet man auch noch die übrigen Bodenschätze hinzu, entfielen

zuletzt mehr als 80 Prozent der Exporterlöse Russlands auf den Verkauf natürlicher Ressourcen.

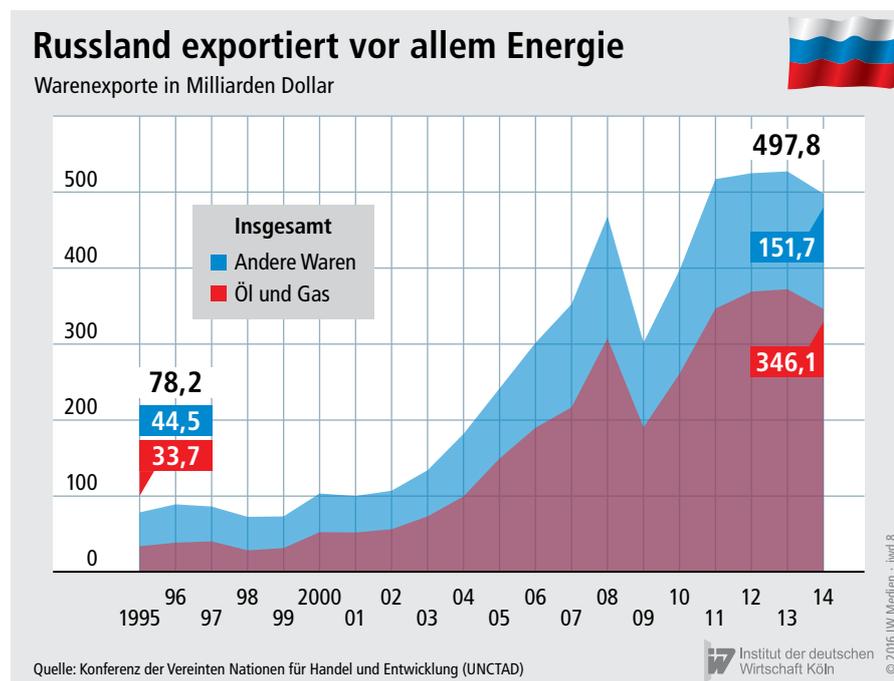
Entsprechend fatal wirkt sich der aktuelle Verfall des Ölpreises aus. Zusammen mit der unsicheren geopolitischen Lage und den Wirtschaftssanktionen, die die westlichen Staaten infolge der russischen Intervention in der Ukraine-Krise verhängt haben, hat die Entwicklung an den Rohstoffmärkten Russland in eine neue, tiefe Wirtschaftskrise gestürzt (Grafik Seite 7 oben):

Im Jahr 2015 brach der Ölpreis um fast die Hälfte ein – parallel dazu schrumpfte die reale russische Wirtschaftsleistung um 3,7 Prozent.

Zu der neuerlichen Misere haben aber auch noch andere strukturelle Faktoren beigetragen. Dazu zählt vor allem die Korruption, was nicht zuletzt privaten Investoren zu schafren macht. Der Korruptionswahrnehmungsindex der Nichtregierungsorganisation Transparency International hat Russland 2014 auf Rang 136 von 175 Ländern eingestuft – und damit in das Drittel der korruptesten Länder. Das Problem umfasst alle Bereiche des öffentlichen Sektors (Grafik Seite 7 unten):

Jeweils rund neun von zehn Russen halten die beim Staat Beschäftigten sowie die Polizei für korrupt; acht von zehn Befragten fällen dasselbe Urteil über die Justiz, das Parlament und die politischen Parteien.

Jeder zweite Russe gab in der Befragung zudem an, dass sich die Korruption in den vorangegangenen zwei Jahren verschlimmert habe. Offenbar hat auch der vom damaligen Präsidenten Dmitri Medwedew 2008



beschlossene „Nationale Antikorruptionsplan“ keinen nachhaltigen Erfolg gehabt. Laut Transparency International empfinden 77 Prozent der Befragten die eingeleiteten Maßnahmen als ineffektiv.

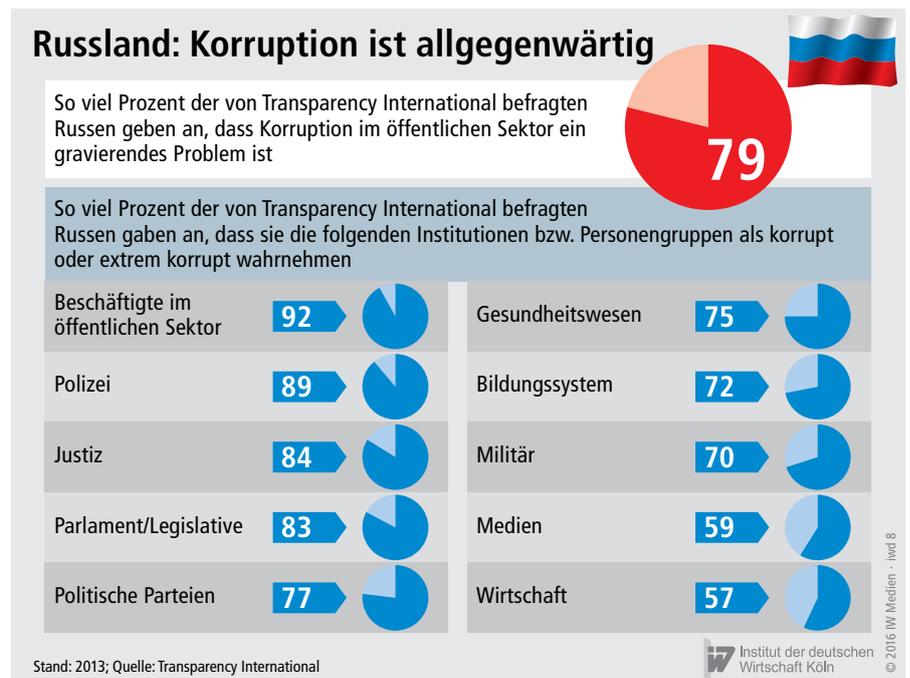
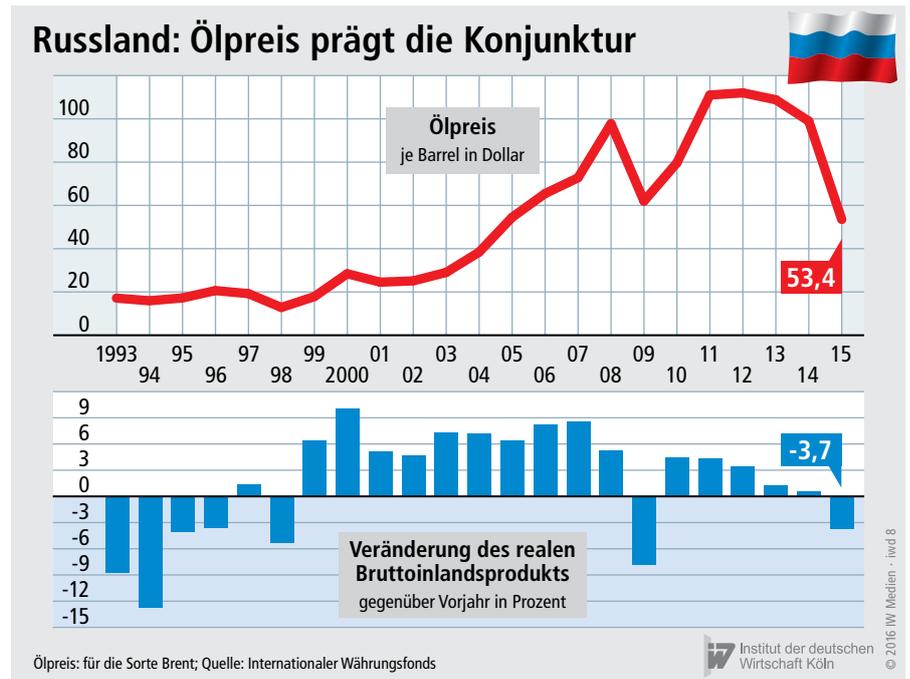
Zu den weiteren Schwächen der russischen Wirtschaft zählen die starken staatlichen Regulierungen, die dem wohlstandsfördernden Wettbewerb zu wenig Raum lassen:

Der vom unabhängigen Fraser Institut erstellte Index der wirtschaftlichen Freiheit sieht Russland nur auf Platz 99 von 157 Ländern.

In der Kategorie „Freiheit im internationalen Handel“ rangiert das Land sogar nur auf Platz 134. Diese Einstufung bezieht sich auf das Jahr 2013 – die seither eingeführten Importbeschränkungen für ausländische Lebensmittel dürften Russlands Position im Fraser-Index noch weiter verschlechtern.

Zudem verschenkt das Land unter der Herrschaft von Wladimir Putin auch deshalb viel Wachstumspotenzial, weil es Wissen und Bildung seiner nahezu 150 Millionen Einwohner zu wenig fördert und nutzt. Zwar haben laut OECD 55 Prozent der 25- bis 34-Jährigen einen Hochschulabschluss – damit liegt Russland im internationalen Vergleich auf Rang vier. Bei den 55- bis 64-Jährigen ist der Akademikeranteil sogar der zweithöchste aller wichtigen Industrienationen.

Doch dieses Know-how bringt offenbar wenig Forschungsleistungen hervor, die am Ende auch die für wirtschaftliches Wachstum notwendigen Innovationen entstehen lassen könnten. Darauf deutet zumindest das anerkannte Shanghai-Ranking hin, welches Hochschulen weltweit unter anderem anhand der Veröffentlichungen in wissenschaft-



lichen Zeitschriften und der von ihren Absolventen errungenen Wissenschaftspreise einstuft: Unter den besten 500 Universitäten der Welt finden sich gerade einmal zwei russische Einrichtungen.

Und auch die Kenntnisse der Schüler lassen zu wünschen übrig. Laut PISA-Studien liegen die Leistungen der 15-jährigen russischen Schüler in den Bereichen Mathematik, Lesekompetenz und Naturwis-

senschaften deutlich unter dem OECD-Durchschnitt.

Damit die Wirtschaft auf einen nachhaltigen Wachstumspfad gelangen kann, hat die russische Staatsführung also in Sachen Bildung und Forschung, Liberalisierung der Märkte und Bekämpfung der Korruption noch viel zu tun.

Vgl. IW-Report 3/2016 unter:
iwkoeln.de/russland

Mit Schulbeginn wächst der Stress

Kinderbetreuung. Jahr für Jahr melden Ämter und Behörden einen Zuwachs an Kita- und Kindergartenplätzen sowie mehr Ganztagschulen. Doch ausgerechnet der Schulstart bereitet vielen Eltern Sorgen, denn nur für ein Drittel aller Grundschüler gibt es Ganztagsangebote.

33-95-33 – das sind keine neuen Modelmaße, sondern die Zahlen beschreiben in Kurzform das Betreuungsdilemma vieler Eltern in Deutschland: Wer kleine Kinder hat, kann sich glücklich schätzen, einen öffentlich geförderten Krippenplatz oder eine Tagesmutter in Wohnortnähe zu finden – 2015 gelang dies gerade mal für ein Drittel der unter Dreijährigen. Ist der Nachwuchs im Kindergartenalter, dürfen die meisten Eltern kurz durchatmen: Zuletzt besuchten fast 95 Prozent der Drei- bis Fünfjährigen eine Kita. Mit dem Schulalter beginnt dann aber für viele Väter und Mütter erneut die

Suche nach einer qualifizierten Betreuung (Grafik):

Bundesweit besuchte 2014 – dies sind die neuesten Daten – lediglich knapp ein Drittel der Grundschüler eine Ganztagschule.

Vielen Müttern und manchen Vätern, die während der ersten sechs Lebensjahre ihres Nachwuchses wieder im Beruf Fuß gefasst haben, macht also ausgerechnet der Schuleintritt der Sprösslinge einen Strich durch die Rechnung – denn der Unterricht in der Grundschule endet mitunter bereits um 12 Uhr mittags.

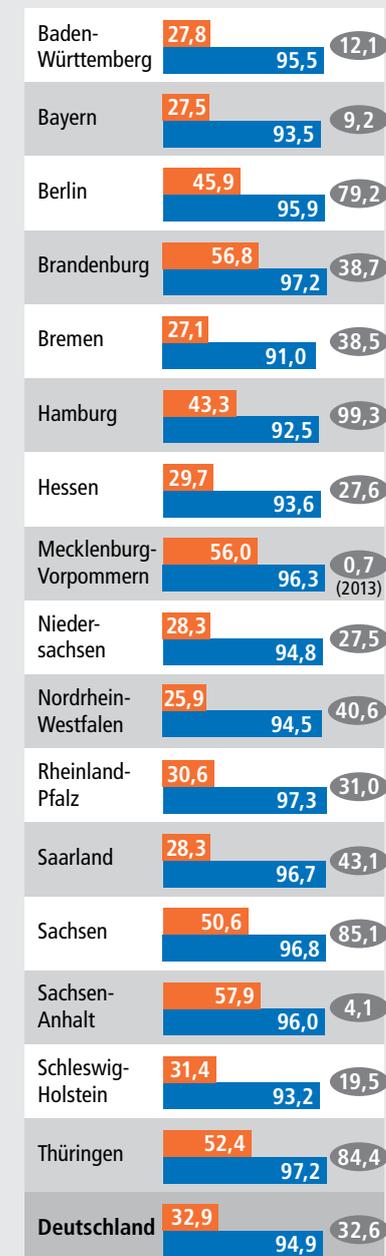
Deutschlandweit besuchten 2014 rund 890.000 Grundschüler eine Ganztagschule. Die öffentlichen Grundschulen in Hamburg bieten fast ausnahmslos Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten an, auch in Sachsen, Thüringen und Berlin sind die Grundschulen mehrheitlich darauf eingerichtet, ihre Schüler mit einem Mittagessen zu versorgen und bis 15 oder 17 Uhr zu beschäftigen.

In Bayern, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern dagegen gehen nicht einmal 10 Prozent der Grundschüler in Ganztagschulen. Nach der Schule direkt nach Hause müssen allerdings nur die bayrischen Grundschüler, denn in Sachsen-Anhalt und in Mecklenburg-Vorpommern übernehmen in der Regel Horte die weitere Betreuung.

Kinderbetreuung in den ersten Lebensjahren

Betreuungsquoten in Prozent

- Kinder unter 3 Jahren, 2015
- 3- bis 5-jährige Kinder, 2015
- Schüler in Ganztagsbetreuung an Grundschulen, 2014



Grundschulen: in öffentlicher Trägerschaft
 Quellen: Kultusministerkonferenz, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - Iwv 8

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
 Rechte für elektronische Pressespiegel unter: pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
 SCHAFFT KOMPETENZ.